I.

Nachtrag zur Geschichte

der

Einführung des summarischen Civilverfahrens

und dessen

Verhältnisses zum ordentlichen Prozeß

in der obern Pfalz.

(IV. Bd. 1. Hft. S. 102 bis 119.)

(Von dem Vereinsmitgliede, dem königl. Ministerialrathe Herrn
v. Fink.)

Indem wir uns auf unsere Skizze zur Geschichte der Einführung des summarischen Civilverfahrens und dessen Verhältnisses zum ordentlichen Prozeß in der oberen Pfalz (1) beziehen, wollen wir auf eine Singularität bei dem ehemaligen Gantprozesse aufmerksam machen.

Es ist bereits von uns bemerkt worden, daß schon in der Resolution des Churfürsten Ludwig VI. von 1579 bei Verleihung einer ausgedehnten Niedergerichtsbarkeit an den oberpfälzischen Ritterstand die Gant um Grund und Boden (so weit nicht ein altes Herkommen entgegenstand) den

1) Verhandl. des hist. Ver. IV. Bd. Heft 1. S. 102.

orden'tlichen Landgerichten eben so wie die Realklagen vorbehalten worden. (2)

Der nämliche Vorbehalt ist in die Privilegien des Churfürsten Maximilian I. von 1629 aufgenommen worden. (3)

Da noch die oberpfälzische Untergerichts-Ordnung von 1606 hauptsächlich von dem Executionsmittel der Pfändung (der Immission, des Einsages) bei Vollstreckung der Erkenntnisse über persönliche Sprüche handelt, (4) so ist es begreiflich, daß hierbei die Vergantung liegender Güter nicht zur Sprache kam.

Ganz nach dem Muster des bayerischen Gantprocesses wurde im Jahr 1657 bei dem in der obern Pfalz eingeführten Gantprozeße (obgleich er zu den summarischen Prozeßen gezählt wurde) festgesetzt, daß diese Ganten bei den Landgerichten vorgehen sollten, wobei für die Hofmarken nur im Falle eines offenen Gebrauches eine Ausnahme statt fand. (5)

Dieses Competenzverhältniß ist auch in die bayerische Gerichtsordnung aufgenommen worden, und zwar auf dem Grund des bayerischen Gantprocesses und eines Decrets vom 26sten August 1692. (6)

Es waren aber die alten Landgerichte mit ihrer ausschließenden Competenz über Klagen um Grund und Boden schon lange, und wenigstens seit der ersten Hälfte des 17ten Jahrhunderts außer Übung gekommen; (7) sonach war dieser aus der alten germanischen Gerichtsverfassung herrührenden Zuständigkeit das bezeichnete Subject der Gerichtspflege nicht mehr gegeben.

2) Verh. d. h. B. Bd. IV. S. I. S. 106.

3) Sammlung ungedruckter Urkunden, welche in die Landesverfassung der obern Pfalz einschlagen. S. 91, 92.

4) D. Pf. G. O. Tit. XXII.

5) D. Pf. Gant-prozeß Tit. IV. Art. 13.

6) Cod. jud. cap. 18. §. 17. nr. 13. und die Anmerkungen hiezu.

7) Verh. IV. Bd. Heft 1. S. 103. 109.

Es hätten, wenn der Text des Gesetzes buchstäblich wäre angewendet worden, entweder die alten erloschenen Landgerichte für die Gerichtshandlungen der Vergantung liegender Güter wieder auftauchen müssen, und es würden sodann auch die hurfürstlichen Pfliegerichte, im Gegensatze der Landgerichte, dieser Kompetenz sich zu enthalten gehabt haben; oder man hätte im Geiste des gemeinen Processes gegen den Text des Gesetzes diese Zuständigkeit allen sowohl landesherrlichen als ständischen und sonstigen niedern Gerichten zugestehen müssen.

Diese Bemerkungen würden zur Zeit der frühern Gerichtsverfassung zu erheblichen Erwägungen geführt, und die praktischen Folgen der Rechts-Geschichte anschaulich gemacht haben.

Gegenwärtig verliert die von uns angezogene Stelle der Gerichtsordnung ihre Anwendung, weil nach der bestehenden Gerichtsverfassung die Herrschaftsgerichte und die Patrimonialgerichte erster Classe in Beziehung auf die Civilrechtspflege mit den Königl. Landgerichten gleiche Befugnisse haben. (8)

Ueber die Anwendung des Rechtsbuches des Kaisers Ludwig in der Oberrhein-Pfalz.

Das Rechtsbuch des Kaisers Ludwig des Bayern hatte in Oberbayern einen wesentlichen Einfluß auf die Kompetenz und Verfassung der Gerichte. Ohne tiefer in die ältere Geschichte einzugehen, wollen wir zunächst bei der Praxis der ersten Hälfte des 16ten Jahrhunderts stehen bleiben. (9)

Die Umfrage des landesherrlichen Pflegers geschah zuvörderst bei dem Gerichtschreiber, sodann bei den Gerichts-

6) Verf. Urk. Beilage VI. S. 75.

9) Unterricht für bayerische Beamte vom Jahr 1531, in den bayerr. Annalen, Vaterlandskunde 1834, I. Hälfte S. 2103, 2122 ff.

Beisitzern, zuletzt bei dem Richter. Alle diese Abstimmungen waren bloß beratend; denn der Pfleger, bei dessen Amt das Rechtsbuch gelegen war, hatte hiernach das Urtheil entscheidend auszusprechen, ohne an jene Abstimmungen gebunden zu seyn. (10)

Dieses Competenzverhältniß unterscheidet sich wesentlich von demjenigen, welches wir hinsichtlich der oberpfälzischen Gerichte in mehreren Beispielen nachgewiesen haben. (11)

AnderS wurde es auch in Niederbayern gehalten, wo nicht nach dem Rechtsbuche, sondern nach den Stimmen der Beisitzer das Erkenntniß geschöpft und ausgesprochen wurde, (12) was der Gerichtsverfassung in der obern Pfalz näher kam.

Dieses Verhältniß führt zur Frage, ob jenes Rechtsbuch jemals Gesetzes Kraft in der obern Pfalz erhalten habe?

Im Allgemeinen glauben wir als Regel annehmen zu dürfen, daß das im Jahre 1346 für Oberbayern in Wirksamkeit gesetzte Rechtsbuch nach der Natur der Sache denjenigen ehemals oberbayerischen Gebietstheilen, welche durch den Pavischen Vertrag vom Jahre 1529 an das pfälzische Haus übergegangen sind, fremd geblieben sey.

Die Landgerichtsbezirke von Amberg, Nabburg, Neunburg und Waldeck gehören unstreitig in diese Kategorie.

Bei einigen andern Landgerichtsgebieten möchte eine Erläuterung nicht überflüssig seyn.

Bei dem Landgerichte Sulzbach wäre nur der Fall denkbar, daß zwischen dem Jahre 1379 bis zur Verpfändung an König Ruprecht, sodann von der Wiederlosung zum Her-

10) Angef. Unterricht S. 2124.

11) Verhandlungen des historischen Vereins für den Regentkreis, Jahrg. III. Heft 4. Jahrg. IV. Heft 1.

12) Obig. Unterr. S. 2126.

zogthum von Oberbayern (13) bis zur Schöpfung des Herzogthums Pfalz-Neuburg das erwähnte Rechtsbuch eingeführt worden wäre. Die von uns in den Verhandlungen des Regenkreises erörterten Urkunden enthalten keine Hinweisung dieser Art.

Das ehemals böhmische Landgericht Auerbach kann nach der Geschichte desselben (14) an einer oberbayerischen Gesetzgebung ohnehin keinen Antheil genommen haben.

Das nordgauische Landgericht Burglengenfeld möchte die Wahrscheinlichkeit für sich haben, daß hier das oberbayerische Rechtsbuch eine Heimath erlangt habe.

Allein eine deutliche Spur davon ist uns bisher nicht bekannt geworden. Die Landgerichtsverfassung selbst stimmt damit nicht überein, und die Prozeßordnung dieses Landgerichts vom Jahre 1559 macht lediglich von den gemeinen kaiserlichen Rechten Erwähnung, (15) über das war dieses Landgericht zu lange als Pfandschaft bei der obern Pfalz, (16) als daß nicht die oberpfälzischen Rechtsgewohnheiten das Uebergewicht hätten erhalten sollen.

Belangend das Landgericht Parkstein war dasselbe von 1406 bis 1421 und von 1440 bis 1441 nur eine zu kurze Zeit bei Bayern = Ingolstadt, (17) als daß man eine Veränderung in der herkömmlichen Justiz-Verfassung vermuthen könnte.

Dagegen hatten die Oberhöfe in der obern Pfalz unstreitig einen großen Einfluß auf die Justizpflege, in welcher Beziehung die Stadt Amberg in großem Ansehen stand. (18)

15) Angef. Verh. Jahrg. IV. I. H. S. 19 und 20.

14) Zeitschrift für Bayern und die angrenzenden Länder II. Jahrg. 10tes Heft S. 12. ff.

15) Verh. d. hist. Ver. f. d. Regenk. III. Jahrg. Heft 4. S. 344.

16) Ob. Verh. S. 330. ff.

17) Die geöff. Archive, III. Jahrg. H. 3. S. 195. ff.

18) Ob. pfälz. Wochenblatt von 1801. S. 86.

Von den Gerichts-Beisitzern.

Von den Beisitzern des Gerichts und von den Urtheilssprechern geschieht noch in der oberpfälzischen Gerichts-Ordnung von 1657 Tit. I. Art. 4. Erwähnung, mit dem Anhange, daß sie der Richter um das Urtheil zu befragen hatte. Allein schon damals war das Herkommen nicht mehr gleichförmig, indem nebenher die Einrichtung bestanden hatte, daß der Richter allein das Urtheil gesprochen hat. (19)

Unzweifelhaft hatte der summarische Proceß auf diese wesentliche Veränderung der Gerichts-Verfassung großen Einfluß.

Durch den Cod. jud. cap. 2. §. 4. wurde den Gerichtsbeisitzern in der Regel nur noch als Zeugen und ohne Einfluß auf den Urtheilsspruch die Anwesenheit bei Gericht gestattet.

Nur in Städten und Märkten und anderer Orten, wo solches hergebracht worden, sollte es bei dem Gebrauche gelassen werden. Die Anmerkungen zu obiger Geschstelle geben jedoch zu erkennen, daß dieses demokratische Element nur den bürgerlichen Magistraten eingeräumt werden wollte, was aus der, durch den summarischen Proceß veranlaßten Veränderung der ursprünglich deutschen Gerichtsverfassung, und aus dem nach Bayern verpflanzten Amte des römischen Prätors leicht zu erklären ist.

19) Ob. Pf. Ger. Ord. von 1657, Tit. I. Art. 2 und 4.